

Christian Höcke

Lokale Demokratie in Kleinstädten

Potenziale und Ausgangsbedingungen für bürgerschaftliche Teilhabe in der Kleinstadtentwicklung

Mit der Beauftragung der Studie „Lokale Demokratie in Klein- und Mittelstädten unter den Bedingungen von Peripherisierung“ (vgl. Görmar et al. 2020) wurde in der wissenschaftlichen Arbeit des vhw-Forschungsbereichs vor gut drei Jahren ein Siedlungstyp näher in den Fokus gerückt, der in der Vergangenheit vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit in der bundesweiten Raumforschung gefunden hat: die Kleinstadt. Durch eine Mitwirkung im ExWoSt-Forschungsfeld Pilotphase Kleinstadtakademie des BMI/BBSR, im Rahmen eines Modellvorhabens, können die Arbeiten zur lokalen Demokratie in Kleinstädten anwendungsorientiert fortgeführt werden. Der Artikel gibt einen allgemeineren Überblick über wichtige Eckpunkte und Einflussfaktoren auf die lokale Demokratie in Kleinstädten und legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Potenziale und Ausgangsbedingungen für bürgerschaftliche Teilhabe.

Vielfältige Kleinstädte

In der eingangs genannten Studie wurden zwar auch kleinere Mittelstädte mit bis zu 30.000 Einwohnern in die Untersuchung eingeschlossen, doch die Ränder einer differenzierten Wahrnehmung – in diesem Fall zwischen größerer Kleinstadt und kleinerer Mittelstadt – verschwimmen hier jenseits von Bevölkerungsschwellenwerten und funktionalen Merkmalen teilweise deutlich. Einen dafür wesentlichen Faktor stellt die Raum- und Siedlungsstruktur dar, die von einigen Autorinnen und Autoren als besonders prägnantes Unterscheidungsmerkmal von Kleinstädten (und kleineren Mittelstädten) angegeben wird (vgl. Steinführer et al. 2021). So variiert die Flächengröße von Kleinstädten in Deutschland zwischen 3,4 km² und 524 km² (Statistisches Bundesamt 2020). Das schließt in peripheren Lagen jenseits größerer Städte vielfach eine hohe Zahl von Ortsteilen ein, die sich über das Gemeindegebiet erstrecken. In den fünf flächengrößten Kleinstädten, die sich auf 328 km² (Rheinsberg) bis 524 km² (Möckern) ausdehnen, sind dies zwischen 14 und 50 Ortsteile mit stark ausgeprägten dörflichen Strukturen. Doch auch der urbane Charakter der Kernstädte (vgl. BBSR 2018) ist zumeist von einer großen siedlungsstrukturellen Heterogenität geprägt.

Je nach Raum- und Siedlungsstruktur sowie demografischen und ökonomischen Entwicklungen stehen Kleinstädte vor ganz unterschiedlichen planerischen Anforderungen. So können die verschiedenen infrastrukturellen Bedarfe der einzelnen Ortsteile und ihrer Bewohner, etwa für die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge, besonders für flächengroße und schrumpfende Kommunen in peripheren Lagen eine Herausforderung darstellen (vgl. MLV 2019). Doch auch in Kleinstädten in zentralen Lagen stellen sich Aufgaben der Infrastrukturanpassung sowohl durch Bevölkerungswachstum, als auch durch Schrumpfung, der Belegung von Innenstädten und der Anpassung von Verkehrsinfrastrukturen (vgl. BBSR 2019).

Dieser – hier ausschnittsweise dargestellten – heterogenen Dynamik kleinstädtischer Entwicklung Rechnung tragend, hat die raumwissenschaftliche Betrachtung dieses Stadttyps in den vergangenen Jahren deutlich an Fahrt aufgenommen. Hervorzuheben sind unter anderem die Aktivitäten des Ad-hoc-Arbeitskreises Kleinstadtforschung der ARL, des Informellen Netzwerks Kleinstadtforschung, der Initiative Kleinstädte in Deutschland des BMI sowie des Hochschulcampus Kleinstadtforschung. Arbeiten zum Thema Governance und insbesondere zur Rolle bürgerschaftlicher Beteiligung an politischen Meinungs- und Willensbildungsprozessen in Kleinstädten sowie zur Verfasstheit und Kontextualisierung der lokalen Demokratie sind jedoch bisher nur in geringer Anzahl vorhanden (vgl. Dehne 2021, 2019).



Abb. 1: Hansestadt Osterburg (Altmark) (Foto: Christian Höcke)

Vielfältige lokale Demokratie

So vielfältig wie die Städte selbst sind auch die Einflussfaktoren und Ausprägungen der lokalen Demokratie. Aufgrund der zuvor erwähnten heterogenen Raum- und Siedlungsstrukturen weisen sie zudem besondere Merkmale



auf. Lokale Demokratie wird hier verstanden als Gesamtheit der lokalpolitischen Strukturen, Prozesse und Akteure, die im wechselseitigen Zusammenwirken die Demokratie auf kommunaler Ebene verkörpern. Sie umfasst dabei zum einen das repräsentative „Government“, in dessen Rahmen Verwaltung, Lokalpolitik, Ausschüsse und Räte politische Entscheidungen herbeiführen. Die Möglichkeiten der Einflussnahme und Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger sind dabei im Rahmen formeller oder informeller Verfahren gegeben und beschränken sich überwiegend auf eine Mitwirkung bei der Meinungsbildung, was nach Selle (2010) einem eher klassischen beziehungsweise engerem Beteiligungsverständnis entspricht (vgl. Abb. 2). Zum anderen gehört zur lokalen Demokratie auch der Bereich der Governance, in dem Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft zusammenwirken. Bürgerschaftliche Teilhabe ist hier weiter gefasst und schließt effektive Einflussnahmen bei der Entscheidungsvorbereitung sowie aktives Handeln im Sinne einer Koproduktion von Stadt mit ein (vgl. Selle 2010; Newig 2011; Kuder 2019). Diesem Governanceverständnis folgend, ist Stadtentwicklung eine Gemeinschaftsaufgabe vieler, die durch zahlreiche wechselseitige Bezüge und Abhängigkeiten sowie deren Bewältigung und Abstimmung aufeinander geprägt ist (vgl. Selle 2010; Schimank 2007). Stadtentwicklung wird damit zum Kommunikationsraum (vgl. Schuppert 2011).

2018; Kühn 2016). In diesem Zusammenhang stellt Dehne (2018) die Frage, „ob eine gute Kommunalpolitik und Stadtentwicklung in einer Kleinstadt nicht immer schon und eher intuitiv über Gespräche, Überzeugung, Vertrauen, Netzwerke und Arbeitsteilung funktioniert hat“ (ebd., S. 93). Darüber hinaus wird in einer Stärkung kooperativer Kleinstadtentwicklung das Potenzial gesehen, Beteiligungsinteresse, Demokratieverständnis und eine erhöhte Bindung der Bewohnerinnen und Bewohner an ihre Kommunen zu fördern sowie die Verantwortung für den eigenen Ort und das soziale Miteinander zu stärken (BBSR 2019; BMUB 2017).

Eckpunkte bürgerschaftlicher Teilhabe in kleinen Städten

Die zuvor erwähnten klassischen Möglichkeiten der Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozessen zur lokalen Entwicklung (wie Einwohnerfragestunden, Ratssitzungen, Einwohnerversammlungen oder auf Ebene des Baugesetzbuches) kommen ubiquitär in den Kommunen zur Anwendung. Jüngere Untersuchungen und die Einrichtung und Durchführung verschiedener Förderprogramme deuten zudem darauf hin, dass in Kleinstädten auch informelle Beteiligungsmöglichkeiten beziehungsweise -verfahren an Bedeutung gewonnen haben.

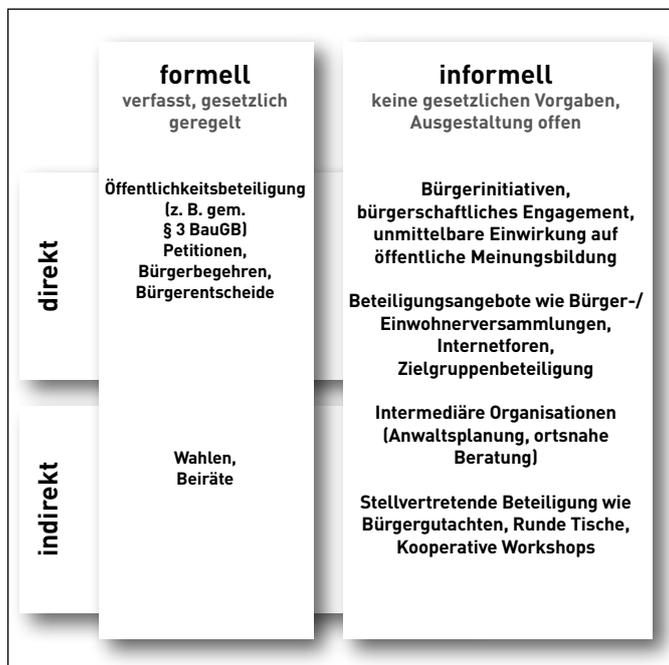


Abb. 2: Engeres Beteiligungsverständnis (Quelle: Selle 2010, S. 12)

Dieses Zusammenwirken der Akteure aus Politik, Verwaltung, Bürgerschaft beziehungsweise Zivilgesellschaft und Wirtschaft wird in kleinen Städten als besonders wichtig angesehen, um die begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen der Verwaltung ausgleichen zu können und Entwicklungspotenziale zu verbessern (vgl. Dehne 2018; Maaß



Abb. 3: Ortskern von Großräschen (Foto: Thomas Kuder)

In einer Studie aus dem Jahr 2018 gaben 79 % der befragten Gemeinden zwischen 10.000 und 25.000 Einwohnern (n=124) an, informelle Beteiligungsverfahren anzubieten. Im Gegensatz zu größeren Kommunen kamen sie jedoch mit durchschnittlich vier Verfahren auf deutlich weniger im Jahr (NeulandQuartier/pollytix 2018). Wird die Verbreitung von Leitlinien betrachtet, also freiwilligen Regelungen beziehungsweise Qualitätsstandards für Bürgerbeteiligung, sind unter den 98 vom Netzwerk Bürgerbeteiligung gelisteten Kommunen in Deutschland 14 Kleinstädte vertreten. Auch hier ist die Verbreitung in Großstädten (46) und in Mittelstäd-



Abb. 4: Hansestadt Osterburg (Altmark) (Foto: Christian Höcke)

ten (35) um einiges höher (vgl. Netzwerk Bürgerbeteiligung 2021). Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf die Städte mit einem aktiven, eingestellten oder beschlossenen Bürgerhaushalt. So können 57 von 248 von der Bundeszentrale für politische Bildung gelisteten Kommunen einer Bevölkerungsgröße zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern zugeordnet werden (vgl. <https://www.buergerhaushalt.org/de/list>). Auch hier überwiegen die Mittel- (124) und Großstädte (58). Bei der Verbreitung dieser zuvor genannten Instrumente sind Kleinstädte, trotz ihrer vergleichsweise höheren Zahl, gegenüber größeren Städten deutlich unterrepräsentiert. Dennoch zeugen die vielfältigen Praxisbeispiele, angesprochen etwa auf Bundesebene im Rahmen der Städtebauförderung, der Modellvorhaben der Raumordnung und in Forschungsprojekten mit einem kooperativen und partizipativen Ansatz, wie dem ExWoSt-Forschungsfeld Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen sowie der Pilotphase Kleinstadtakademie, von einem Zuwachs an Beteiligungsanlässen auch in kleineren Städten.

An dieser Stelle sei aufgrund der damit verbundenen Rahmenbedingungen für Partizipation nochmals näher auf die Besonderheit kleinstädtischer Siedlungs- beziehungsweise Verwaltungsstrukturen verwiesen, die sich in der Vergangenheit durch Gebietsreformen und Zentralisierungsprozesse vielerorts deutlich verändert haben. Mit dem erklärten Ziel des Effektivität- und Effizienzgewinns, der Kompensation von Funktionsverlusten und der Stärkung kleinstädtischer Zentren im Rahmen von Reformen auf der Gemeindeebene (Steinführer 2018) ist in den letzten Jahren eine Diskussion um die politischen Folgen von Gebietsreformen (auf Landkreis- und Gemeindeebene) entstanden. Entgegen der Aussage von Bogumil und Ebinger (2019), dass es „keine stichhaltigen Hinweise dafür [gibt], dass sich die Legitimität und Bürgernähe kommunalen Handelns nennenswert verschlechtern“ (ebd., S. 260), weisen Blesse und Rösel (2017) auf das Risiko einer sinkenden Zufriedenheit

mit der Demokratie und auf negative Effekte für die politische Partizipation hin.

In einer Untersuchung bayerischer Reformen zwischen 1978 und 2008 kommt auch Mattern (2020) zu dem Ergebnis, dass sich Gebietsreformen auf den politischen Repräsentationsgrad der Bevölkerung, auf das kommunale Engagement vor Ort sowie vor allem auf die Entwicklung kleinerer Dörfer negativ auswirkten (vgl. hierzu auch Güllner 2016). Für Brandenburg folgert Rottnick (2011) auf Basis einer Befragung von 74 Ortsbürgermeistern, dass auch dort die institutionellen Entscheidungsrechte der Ortsteile unzureichend sind und zu einer Enttäuschung der lokalen Akteure hinsichtlich der Regelungsmöglichkeiten ihrer Angelegenheiten führen, was sinkendes Engagement und Politikverdrossenheit zur Folge haben kann. Dies sei aber vor allem deshalb zu befürchten, „weil die Ortsteile parallel zu ihrer geringen Ausstattung mit Rechten mit einer hohen demokratischen Legitimation durch ihre unmittelbare Wahl [...] ausgestattet wurden und die Kohärenz beider Regelungen äußerst zweifelhaft erscheint“ (ebd., S. 85f). Allerdings gelingt es den Ortsbürgermeistern beziehungsweise Ortsvorstehern, so die Ergebnisse der Befragung, durch aktives Netzwerken und die Wahl in die Gemeindevertretung die Interessen der eigenen Ortsteile in der Gemeinde zu stärken. Um die selbstverantwortlichen Gestaltungsmöglichkeiten dieser Teilräume zu erhöhen, hat das Land Brandenburg jüngst in einer Novelle der Kommunalverfassung (vgl. Drucksache 7/3361 und 7/3767 des Landtags Brandenburg) die Einführung verpflichtender Ortsteilbudgets ab 2023 festgelegt.

Derartige Budgets waren – wie in anderen Bundesländern durch die Kommunalverfassungen und Gemeindeordnungen geregelt – auch schon vorher, jedoch auf freiwilliger Basis, möglich. Das Land Brandenburg folgt mit dieser Entscheidung einer Empfehlung der Enquete-Kommission zur „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des



demografischen Wandels“ aus dem Jahre 2019, die Orts- teilbudgets als Möglichkeit zur Stärkung demokratischer Potenziale beziehungsweise Teilhabemöglichkeiten sieht (Landtag Brandenburg 2019). Der brandenburgische Gesetzgeber erhofft, durch diese Maßnahme Freiräume für (Bürger-)Engagement zu schaffen, den Ortsbeiräten mehr Handlungsspielräume zu geben, damit gleichzeitig ihre Stellung zu verbessern sowie die lokale Identität zu stärken (ebd.).

Herausforderungen für Teilhabe und Demokratie

Gerade in Hinblick auf eine Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern, die das demokratische Bewusstsein, das Vertrauen in Politik und Verwaltung sowie die lokale Demokratie stärken soll, sind jedoch grundsätzliche Voraussetzungen verbunden, auf die im Folgenden mit einem kurzen Überblick eingegangen wird (vgl. ausführlich zu Grundsätzen der Bürgerorientierung Selle 2010 sowie Kuder 2019 und Nanz/Fritsche 2012).

Zum einen bilden gerade im Bereich der Bürgerbeteiligung ausreichende Handlungsspielräume der Kommunen eine wichtige Grundlage dafür, dass Bürgerinnen und Bürger Erfahrungen mit demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen sammeln können (Vetter 2011), dass die Kommunen der ihnen zugesprochenen Eigenschaft als „Schule der Demokratie“ (Bogumil/Holtkamp 2013) gerecht werden und es trotz des Ausbaus an Beteiligungsmöglichkeiten nicht zu einer „Demokratisierung der Machtlosigkeit“ (Roth 2001, S. 139) kommt.



Abb. 5: Eilenburg Innenstadt (Foto: Thomas Kuder)

Die Erfahrungen mit Beteiligungsprozessen zu unterschiedlichen Themen der Stadtentwicklung zeigen zudem, dass die Zusammensetzung involvierter Bürgerinnen und Bürger zumeist mit einer hohen sozialen Selektivität einher-

geht. Diese ist bei verschiedenen Formen und Formaten der Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene sogar oftmals stärker ausgeprägt, als es bei klassischen Formen politischer Meinungs- und Willensbildung in Form von Wahlen der Fall ist (Jörke 2011; Selle 2019). Wird diese Schieflage nicht in besonderer Weise adressiert, droht eine Reproduktion politischer Ungleichheit, die einen (weiteren) Legitimitätsverlust lokaler Politik nach sich ziehen kann (Kuder 2019).

So zeigen auch die Ergebnisse der eingangs erwähnten Studie „Lokale Demokratie in Klein- und Mittelstädten unter den Bedingungen von Peripherisierung“ (vgl. Höcke/Görmar 2021; Görmer et al. 2020), dass in den vier dort betrachteten Fallstädten zwar ein dichtes Netz engagierter Akteure aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft existiert und sichtbar daran arbeitet, die Zukunft ihrer Stadt aktiv zu gestalten. Kontinuierliche und niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten, die auf die Einbeziehung eines größeren Teils der Bevölkerung (hinsichtlich der stadtsocietätlichen beziehungsweise lebensweltlichen Vielfalt) ausgerichtet sind, fehlten jedoch, was nicht zuletzt entscheidend mit den lokalen Ressourcen der Verwaltung zusammenhängt. Auch Dehne (2018) beobachtet in seinen Untersuchungen kleinstädtischer Beteiligungsprozesse eine hohe soziale Selektivität innerhalb der teilnehmenden Bevölkerung. Damit blieben Teilhabe und Mitgestaltung auf einen „Inner Circle“ begrenzt, und die Möglichkeiten der Einflussnahme eines selektiven Teils der städtischen Akteure können durch zusätzliche partizipative Teilhabeformen noch verstärkt werden.

Nicht zuletzt bedarf echte Mitgestaltung der Bereitschaft lokaler Entscheidungsträger, Macht und Einfluss zu teilen und mehr Transparenz auf dem Weg der politischen Entscheidungsfindung zu ermöglichen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Handeln von Politik und Verwaltung nicht zu verlieren. Dies gilt auch insgesamt für die Offenheit gegenüber einer weiter gefassten lokalen Governance. So stellt Kriszan (2015) in einer länderübergreifenden Untersuchung von 20 Kleinstädten fest, dass eine entscheidende Voraussetzung für die Entstehung kooperativer Prozesse und einer Dezentralisierung von Steuerungs- und Entscheidungskompetenzen in deren Ermöglichung durch öffentliche Akteure liegt.

Ausblick: lokale Demokratie gestalten

Um die lokale Demokratie durch Prozesse der Beteiligung im Rahmen von Stadtentwicklung auch in Kleinstädten langfristig stärken zu können, ist ein noch besseres Verständnis über ihre Funktionsweise und spezifische Einflussfaktoren nötig. Dabei kann der Blick nicht nur auf punktuelle Verfahren gerichtet sein, sondern muss die lokale Beteiligungskultur und kontinuierliche Möglichkeiten der Teilhabe in den Blick nehmen.



Durch eine Mitwirkung des vhw – zusammen mit den fünf Kleinstädten Eilenburg, Wurzen, Großräschen, Osterburg und Bad Berleburg im Rahmen eines vom Bund/BMI geförderten Modellvorhabens – am laufenden ExWoSt-Forschungsfeld „Pilotphase Kleinstadtakademie“ (vgl. BBSR 2021, <https://www.kleinstadtakademie.de/>) soll hierzu ein Beitrag geleistet werden. Im Projekt werden die lokalen Beteiligungslandschaften der Kommunen untersucht und gemeinsam Möglichkeiten der Förderung, Weiterentwicklung und Verstärkung lokaler Beteiligungsinstrumente und -strukturen in der Stadtentwicklung eruiert und erprobt. Dabei geht es insbesondere um den Umgang mit sozialer Selektivität in Beteiligungsprozessen und um die Möglichkeiten, Bewohnerinnen und Bewohner in ihrer Selbstwirksamkeit und aktiven Mitgestaltung an Stadtentwicklungsprozessen zu stärken und damit auch den Zusammenhalt in den Kommunen zu fördern.



Christian Höcke

Wissenschaftler, vhw e. V., Berlin

Quellen:

- BBSR (2021): Kleinstadtakademie – Pilotphase. Stadtentwicklung in kleineren Städten und Gemeinden durch Zusammenarbeit, Beratung und Vernetzung fördern. Bonn.
- BBSR (2019): Lage und Zukunft der Kleinstädte in Deutschland. Bestandsaufnahme zur Situation der Kleinstädte in zentralen Lagen. In: BBSR-Online-Publikation Nr. 15/2019. Bonn.
- BBSR (2019): Zukunft Kleinstadt. Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Bonn.
- BBSR (2018): Urbane Kleinstädte. Bonn.
- BMUB (2017): Zukunftsweisende Ansätze in kleineren Städten und Gemeinden. Strategien und Projekte aus dem Städtebauförderungsprogramm. Berlin.
- Blesse, S./Rösel, F. (2017): Was bringen kommunale Gebietsreformen? Kausale Evidenz zu Hoffnungen, Risiken und alternativen Instrumenten. ZEW Discussion Paper No. 17-049.
- Bogumil, J./Elbinger, F. (2019): Verwaltungs(struktur)reformen in den Bundesländern. In: Veit, S./Reichard, C./Wewer, G. (Hrsg.): Handbuch zur Verwaltungsreform. Wiesbaden. S. 251–261.
- Bogumil, J./Holtkamp, L. (2013): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Dehne, P. (2021): Zwischen Government und Governance – Perspektiven der Forschung auf Politik und Stadtplanung in Kleinstädten. In: Steinführer, A./Porsche, L./Sondermann, M. (Hrsg.) (2021): Kompendium Kleinstadtforschung. Forschungsberichte der ARL, 16. Hannover.
- Dehne, P. (2019): Stadtplanung und Governance. In: Porsche, L./Steinführer, A./Sondermann, M. (Hrsg.): Kleinstadtforschung in Deutschland. Stand, Perspektiven und Empfehlungen. Arbeitsberichte der ARL, 28. Hannover. S. 38–41.
- Dehne, P. (2018): Kooperative Kleinstadtentwicklung. Eine Annäherung. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6. S. 86–101.
- Görmar, F./Graffenberger, M./Haunstein, S./Lang, T. (2020): Lokale Demokratie in Klein- und Mittelstädten unter den Bedingungen von Peripherisierung. In: vhw-Schriftenreihe 18. Berlin.
- Güllner, M. (2016): Gebietsreformen bringen Unmut. In: Kommunal. URL: <https://kommunal.de/gebietsreformen-bringen-unmut>
- Höcke, C./Görmar, F. (2021): Gleichwertige Lebensverhältnisse gemeinsam gestalten. Herausforderungen von Peripherisierung für die lokale Demokratie. In: RaumPlanung 212 / 3/4-2021. S. 55–60.
- Jörke, D. (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1–2/2011, S. 13–18.
- Kriszan, A. (2015): Urbane Regime in Kleinstädten Mittel- und Osteuropas. In: Burdack, J./Kriszan, A. (Hrsg.): Kleinstädte in Mittel- und Osteuropa: Perspektiven und Strategien lokaler Entwicklung. (Forum IfL, 19). Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde e. V. (IfL). S. 97–105.
- Kühn, M. (2016): Peripherisierung und Stadt. Städtische Planungspolitiken gegen den Abstieg. Bielefeld
- Kuder, T. (2019): Lokale Demokratie. In: Schnur, O./Drilling, M./Niermann, O. (Hrsg.) Quartier und Demokratie. Wiesbaden. S. 29–38.
- Landtag Brandenburg (2019): Abschlussbericht der Enquete-Kommission 6/1 „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ [EK 6/1].
- Maaß, A. (2018): (Aktivierende) Stadtplanung und Governance. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6. S. 112–117.
- Mattern, Julia (2020): Studie: Gebietsreform ist Gefahr für Demokratie – spart aber kein Geld! In: Kommunal. URL: <https://kommunal.de/doerfer-gebietsreform>
- Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt MLV (2019): Leitfaden zur Erstellung von Integrierten Gemeindeentwicklungskonzepten (IGE) in Sachsen-Anhalt. Magdeburg.
- Nanz, P./Fritsche, M. (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 1200. Bonn.
- Netzwerk Bürgerbeteiligung (2021): Sammlung kommunaler Leitlinien und Handlungsempfehlungen für die Bürgerbeteiligung. URL: <https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/kommunale-beteiligungs politik-gestalten/kommunale-leitlinien-buergerbeteiligung/sammlung-kommunale-leitlinien/>
- NeulandQuartier GmbH/pollytix strategic research gmbh (2018): Studie: Bürgerbeteiligung aus kommunaler Sicht. Stellenwert und Verbreitung informeller Bürgerbeteiligung in deutschen Kommunen. Leipzig/Berlin.
- Newig, J. (2011): Partizipation und neue Formen der Governance. In: Groß, M. (Hrsg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden. S. 485–502.
- Roth, R. (2001): Auf dem Weg in die Bürgerkommune? Bürgerschaftliches Engagement und Kommunalpolitik in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Schröter, Eckhart (Hrsg.): Empirische Policy- und Verwaltungsforschung, Opladen. S. 133–152.
- Rottnick, L. (2011): Starke Ortsteile für Brandenburg? Strategien für Ortsbeiräte. KWI-Arbeitshefte, 18. Potsdam.
- Schimank, U. (2007): Elementare Mechanismen. In: Benz, A./Luetz, S./Schimank, U./Simonis, G. (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden. S. 29–45.
- Schuppert, G. F. (2011): Bürgerdialog, lokale Demokratie und Urban Governance aus kommunikationstheoretischer Perspektive. In: vhw-Schriftenreihe 3: Dialog: Zur Stärkung Lokaler Demokratie. Berlin. S. 43–52.
- Selle, K. (2019): Öffentlichkeitsbeteiligung in der Stadtentwicklung. Anstiftung zur Revision. In: vhw-Schriftenreihe, 15. Berlin.
- Selle, K. (2010): Gemeinschaftswerk? Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtentwicklung. Begriffe, Entwicklungen, Wirklichkeiten, Folgerungen. Aachen. URL: https://publications.rwth-aachen.de/record/96033/files/8_pt_materialien26-1.pdf
- Statistisches Bundesamt (2020): Daten aus dem Gemeindeverzeichnis. Städte in Deutschland nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte. Gebietsstand: 31.12.2020. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/05-staedte.html;jsessionid=ADE8D951FE79988107A21233C71470FA.live731>
- Steinführer, A./Porsche, L./Sondermann, M. (Hrsg.) (2021): Kompendium Kleinstadtforschung. Forschungsberichte der ARL, 16. Hannover.
- Steinführer, A. (2018): Wenn die kleine Stadt (zu) groß wird. Gemeindegebietsreformen aus der Perspektive vor Ort. In: Reimann, B./Kirchhoff, G./Pätzold, R./Strauss, W.-C. (Hrsg.): Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Edition Difu – Stadt Forschung Praxis Bd. 17. Berlin. S. 63–73.
- Vetter, A. (2011): Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 7–8 2011. S. 25–32.